

**Fragestunde  
gemäß § 48 der Geschäftsordnung  
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 17.05.2023**

<b>Nr. 138</b>	<b>Monika Giesa AfD</b>  Dez. VI	<p>Bereits 2018 wurde Wiesbaden laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklärt. Die LHW erklärte sich laut Beschluss, schriftlich gegenüber Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel dazu bereit, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Flüchtlinge wurden seit 2015 (ohne Flüchtlinge aus der Ukraine) zusätzlich zu den vom Land Hessen zugewiesenen, aufgenommen?</li> <li>2. Über welche Wege haben diese zusätzlichen Flüchtlinge zum „Sicheren Hafen“ der LHW gefunden?</li> </ol>
<b>Nr. 109</b>	<b>Michael David SPD</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Seit Jahren weisen die Ortsbeiräte Auringen und Medenbach auf die Beseitigung der Gefahrensituation beim Queren des Viadukts auf der L 3028, in Höhe des Bahnhofs Auringen-Medenbach, für Fußgänger und Radfahrer hin. Es wurden durch die beiden Ortsbeiräte im Laufe der Jahre immer wieder konstruktive Vorschläge zur Optimierung der Situation gemacht, die jedoch nicht umgesetzt wurden. Durch den Magistrat wurde bereits vor längerer Zeit den Ortsbeiräten eine Lösung des Problems zugesagt. Leider erfolgte eine Umsetzung bislang nicht.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Maßnahmen werden erfolgen, um die geschilderte Gefahrensituation dauerhaft zu beseitigen?</li> <li>2. Warum erfolgte eine Umsetzung bislang noch nicht?</li> <li>3. Wann wird die Umsetzung der Maßnahmen erfolgen?</li> </ol>
<b>Nr. 119</b>	<b>Thomas Schwarze SPD</b>  Dez. III z.w.V.	<p>Eine hohe Anzahl von Lehrkräften der Herrmann Ehlers Schule kommen mit dem E-Bike zur Schule. Da es keine angemessene Abstellmöglichkeit gibt, nehmen sie die Räder mit in das Schulgebäude.</p> <p>Ich frage den Magistrat</p>

		<ol style="list-style-type: none"> <li>1. ist die Herrmann Ehlers Schule mit dem Hinweis auf Mangel an Abstellplätzen auf das städtische Schulamt zu gekommen?</li> <li>2. wenn ja, sind Stellplätze für E-Bikes, z.Bsp. in Form von Fahrradgaragen, an der Schule geplant?</li> <li>3. wann ist mit einer Fertigstellung der Abstellplätze zu rechnen?</li> <li>4. wie wird mit etwaigen Bedarfen weiterer Schulen umgegangen?</li> </ol>
<b>Nr. 137</b>	<b>Silas Gottwald</b> <b>SPD</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Im Dezember 2022 gingen die Daten der im Jahresverlauf verlegten Parksensoren online und erlauben seitdem eine Echtzeit-Belegungsanzeige sowie Aussagen über Nutzung der P+R-Parkplätze am Moltkering, am Hauptbahnhof und in der Friedrich-Ebert-Allee. Die Daten der verlegten Sensoren am P+R-Parkplatz Mainzer Straße (Ost) werden wegen Vandalismusschäden jedoch nicht eingespeist.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wann ist mit der Reparatur und der Datenlieferung der dortigen Sensoren zu rechnen?</li> <li>2. Verzögern die Beschädigungen den Evaluationszeitraum der verschiedenen Sensoren, der bis Anfang 2024 anberaumt war?</li> </ol>
<b>Nr. 112</b>	<b>Alexander Winkelmann</b> <b>FDP</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Seit mehreren Monaten fährt ESWE Verkehr auch unter der Woche nur nach Samstagsfahrplan, was zu einem erheblichen Imageverlust für den ÖPNV in Wiesbaden führt. Der reguläre Fahrplanwechsel wurde erst auf den März 2023 und nun auf den April 2023 verschoben. Mittlerweile steht die Aussage im Raum, dass erst im September 2023 zu einem regulären Fahrplan zurückgekehrt werden soll. Damit nähme das Ansehen des ÖPNV in Wiesbaden durch die Politik des Linksbündnisses weiter erheblichen Schaden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Trifft es zu, dass die Rückkehr zum regulären Fahrplan auch unter der Woche erst im September 2023 erfolgen soll?</li> <li>2. Warum wurden die Stadtverordneten nicht über diesen Umstand informiert?</li> <li>3. Welche Maßnahmen will das zuständige Dezernat ergreifen, um bereits früher als September 2023 zu einem regulären Fahrplan zurückzukehren und damit weiteren Schaden für ÖPNV in Wiesbaden abzuwenden?</li> </ol>
<b>Nr. 113</b>	<b>Lucas Schwalbach</b> <b>FDP</b>  Dez. II z.w.V.	<p>In der Bürgersprechstunde des Ortsbeirates Sonnenberg wurde im Januar die große Rattenpopulation rund um den Hofgartenplatz beklagt. Regelmäßig müsse von Hausbesitzern der sogenannte Kammerjäger gerufen werden. Die Situation ist besonders misslich, da rund um</p>

		<p>den Hofgartenplatz zahlreiche inhabergeführte lebensmittelverarbeitende Betriebe ansässig sind, die von einem Schädlingsbefall besonders betroffen wären.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie schätzt der Magistrat den Schädlingsbefall am Hofgartenplatz ein?</li> <li>2. Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat zur Bekämpfung von auftretenden „Rattenplagen“?</li> <li>3. Welche derartigen Maßnahmen hat der Magistrat rund um den Hofgartenplatz ergriffen?</li> </ol>
<b>Nr. 114</b>	<p><b>Gabriele Enders</b> FDP</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Im Dezember 2022/Januar 2023 musste für einige Tage in Teilen des Wiesbadener Stadtgebiets eine Chlorung des Trinkwassers veranlasst werden. Nach Aussage des Wasserversorgungsbetriebs WLW seien mikrobiologische Befunde der Grund für die Chlorung gewesen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welcher mikrobiologische Befund hat den Magistrat zur Chlorung des Trinkwassers veranlasst?</li> <li>2. Ab wann lag der mikrobiologische Befund vor und bis wann konnten die Organismen im Wasser in bedenklicher Höhe nachgewiesen werden?</li> <li>3. Ist dem Magistrat die Ursache für den mikrobiologischen Befund bekannt?</li> <li>4. Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um Verunreinigungen des Trinkwassers in der Zukunft bestmöglich auszuschließen?</li> </ol>
<b>Nr. 123</b>	<p><b>Claudia Dreyer</b> CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bei der Ausfahrt aus der Tiefgarage Markt auf die Friedrichstr. ist es in der Vergangenheit mehrfach zu Unfällen gekommen, zuletzt im Dezember 2022 mit Verletzten. Diese Unfälle sind dadurch entstanden, dass aus der Tiefgarage fahrende PKW mit von links kommenden ESWE-Bussen zusammengestoßen sind. Dadurch, dass die PKW-Fahrer seit geraumer Zeit nur nach links in die Friedrichstr. abbiegen dürfen und für normale Fahrzeuge die Friedrichstr. in Richtung Wilhelmstr. Einbahnstraße ist, rechnen viele Fahrzeugführer - insbesondere wenn sie nicht aus Wiesbaden kommen - nicht damit, dass von links Busse kommen könnten. Zudem ist die Sicht für die PKW-Fahrer nach links durch vorspringende Bebauung eingeschränkt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Ist es beabsichtigt, diese Gefahrenstelle zu entschärfen, indem beispielsweise an der Einmündung der Ausfahrt aus der Tiefgarage in die Friedrichstr. ein Stoppschild und/oder ein Hinweisschild auf von links kommende Busse aufgestellt wird?</p>

<p><b>Nr. 130</b></p>	<p><b>Sabine Ludwig-Braun SPD</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Bei energetischer Sanierung von Gebäuden werden oftmals Unterschlupf- und Nistmöglichkeiten für sogenannte Kulturfolger zerstört.</p> <p>Mit einstimmigem Beschluss hat der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße den Magistrat am 02.11.21 gebeten zu prüfen, ob Hauseigentümer im Westend vor geplanten Fassadenrenovierungen und energetischen Ertüchtigungen ihrer Gebäude rechtlich verpflichtet werden können, ornithologisch prüfen zu lassen, ob Nistnischen und -schlüpfe an ihren Liegenschaften vorhanden sind. Außerdem sollte geprüft werden, ob sie verpflichtet werden können, artgerechten Ersatz zu schaffen. Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße hat am 29.06.2022 wiederum einstimmig an die Angelegenheit erinnert, bis heute ohne Ergebnis.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie ist der Sachstand dieser Überprüfungen?</li> <li>2. Gibt es Bemühungen, mit den städtischen Wohnungsgesellschaften und „Haus und Grund“ rechtliche Voraussetzungen für diesen urbanen Artenschutz zu schaffen?</li> </ol>
<p><b>Nr. 117</b></p>	<p><b>Christian Hill FW/Pro Auto</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In der Antwort des Magistrates zur Anfrage 22-F-15-0004 wurde im August 2022 wurden verschiedene Sachstände und Vorgehensweisen zur Erarbeitung einer Vergaberichtlinie avisiert. Konkrete Informationen zu einer möglichen Umsetzung in den einzelnen Bereichen sind bislang nicht bekannt</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gibt es diese Vergaberichtlinie zwischenzeitlich?</li> <li>2. Wenn ja, in welchen Dezernaten bzw. Beteiligungen wurde diese implementiert?</li> <li>3. Wenn ja, wann wird diese den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt und warum ist dies bisher noch nicht erfolgt?</li> <li>4. Wenn nein, wann ist mit dieser Vergaberichtlinie jeweils zu rechnen?</li> </ol>

<p><b>Nr. 118</b></p>	<p><b>Petermartin Oschmann FW/Pro Auto</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Seit Beginn des Krieges in der Ukraine flüchten viele Familien nach Deutschland und bringen u.a. schulpflichtige Kinder mit oder auch jüngere Kinder, die einen Hort- oder Krippen- bzw. Kitaplatz benötigen. Schon vor Beginn des Krieges war die Situation im Schulsystem durch kranke und fehlende Lehrerinnen und Lehrer sehr angespannt, zuletzt ganz besonders durch die Coronapandemie.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gibt es belastbare Zahlen, wie viele Kinder in das Schul- bzw. Kinderbetreuungssystem der LHW aufgenommen wurden?</li> <li>2. Gibt es aussagefähige Angaben über a) den Sprachstand der Kinder und b) deren psychische Belastungen?</li> <li>3. Wenn es Angebote gibt, wie werden diese finanziert? Tritt das Land Hessen in irgendeiner Weise für die zusätzlich entstehenden Kosten ein?</li> </ol>
<p><b>Nr. 133</b></p>	<p><b>Michaela Apel SPD</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Im Westend rauchen offensichtlich Minderjährige, teilweise sogar Kinder E-Zigaretten. Der Verkauf an sie ist laut Jugendschutzgesetz (§ 10 JuSchG) nicht erlaubt, da es sich auch bei E-Zigaretten um Tabakwaren handelt. Dennoch haben die Kinder und Jugendlichen anscheinend uneingeschränkten Zugang zu den Produkten. Wenn man sie fragt, woher sie E-Zigaretten haben, verweisen sie auf Kioske/Geschäfte in der Nähe.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Werden die Alkoholtestkäufe, mit denen die Einhaltung von Jugendschutzvorschriften überprüft wurde, weiterhin durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?</li> <li>2. Wird dabei auch der Umgang mit Tabakprodukten getestet? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?</li> <li>3. Welche weiteren Maßnahmen zur Vermittlung der rechtlichen Pflichten, die Gewerbetreibende in Bezug auf den Jugendschutz treffen, hält der Magistrat für sinnvoll, z.B. aufklärende Flyer in unterschiedlichen Sprachen, präventive individuelle Ansprache?</li> </ol>
<p><b>Nr. 120</b></p>	<p><b>Dorothee Rhiemeier Grüne</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>1989 wurde ein Wandgemälde auf einer Wandseite des an das Standesamt angrenzenden Gebäudes aufgebracht. Entworfen wurde es von dem Bremer Künstler Jimmi D. Paesler, der mit der Arbeit "Die roten Blasen" aus einem bundesweiten Wettbewerb als Preisträger hervorging. Nach über 30 Jahren sind die Farben und der damals beabsichtigte 3D-Effekt verblasst.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie beurteilt der Magistrat den aktuellen Zustand des Wandgemäldes und ist eine Restaurierung des Wandgemäldes geplant?</li> <li>2. Welche vertraglichen Vereinbarungen wurden mit dem Künstler und mit dem/der Eigentümer*in des Gebäudes im Hinblick auf Veränderungen an dem Kunstwerk geschlossen?</li> </ol>
<b>Nr. 121</b>	<p><b>Christian Bachmann</b> FW/Pro Auto</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Für das sogenannte "Gendern" gibt es keine gesetzliche Vorgabe und Verpflichtung.</p> <p>Da bei der Landeshauptstadt Wiesbaden keine durchgehende Linie erkennbar ist, frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gibt es Vorgaben von Seiten des Magistrats oder Amtsleitungen zu „Gendern“, wenn ja in welchen Dezernaten/Ämtern?</li> <li>2. Auf welcher Grundlage (Anweisung, Beschluss, o.ä) erfolgt, falls vorhanden, eine solche Vorgabe?</li> <li>3. Gibt es personalrechtliche Maßnahmen, falls städtische Angestellte nicht „gendern“?</li> </ol>
<b>Nr. 122</b>	<p><b>Marc Dahlen</b> CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Laut der städtischen Homepage gibt es aktuell 31 digitale Verkehrstafeln in der Stadt. Auf diesen Tafeln werden aktuelle Verkehrsmeldungen angezeigt. Wenn keine Meldungen vorliegen, werden anlassbezogene Themen geschaltet. Am 25.01.2023 wurden neben einer veralteten Meldung bzgl. der Sperrung der Schwalbacher Straße vor allem Verhaltensweisen im Straßenverkehr, Werbung für neue Carsharing-Angebote sowie freie Stellen bei der LHW angezeigt. Gleichzeitig werden per Pressemitteilung auf der Homepage der LHW aber aktuelle Straßensperrungen mitgeteilt.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. warum werden die per Pressemitteilungen gemeldeten Verkehrshinweise nicht auf den digitalen Verkehrstafeln angezeigt?</li> <li>2. warum wurde am 25.01.2023 auf die Sperrung der Schwalbacher Straße vom 14.01.2023 - 15.01.2023 hingewiesen?</li> <li>3. ob es möglich ist, dass auf der einzelnen Tafel mehrere Meldungen hintereinander angezeigt werden können, so dass man über alle Meldungen informiert wird?</li> </ol>
<b>Nr. 81</b>	<p><b>Myriam Schilderoth</b> CDU</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Waldbrände sind auch in diesem Sommer leider wieder ein Thema. Sowohl entsprechende klimatische Bedingungen als auch unvorsichtiges Verhalten im Wald (Wegwerfen von Zigaretten, Wildgrillen, etc.) haben bereits in der Vergangenheit Fälle in Wiesbaden begünstigt.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie hat sich die Gefahrenstufe in den Sommermonaten der letzten Jahre entwickelt und wie hoch ist sie aktuell in Wiesbaden?</li> <li>2. Hat es in diesem Sommer bereits Fälle gegeben?</li> <li>3. Wie gedenkt der Magistrat zukünftig hiergegen vorzugehen?</li> <li>4. Wie wirkt sich die aktuelle Situation auf offizielle Grillplätze aus?</li> </ol>
<b>Nr. 124</b>	<p><b>Joachim Tobschall</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Mit den vier kommerziellen Car-Sharing-Anbietern Flinkster, book'n'drive, scouter und Stadtmobil verfügt Wiesbaden über ein erfreuliches, wachsendes und mehr und mehr flächendeckendes Angebot an CarSharing-Fahrzeugen.</p> <p>Die Vielzahl an Anbietern bringt allerdings nicht nur Vorteile. Zum Buchen der Fahrzeuge sind mehrere Apps und damit mehrere Kundenkonten notwendig, teilweise auch mit mehrfachen Monatsgebühren. Dabei ist es aus Kundensicht oftmals egal, welchem Anbieter das jeweilige Auto gehört.</p> <p>Wir fragen den Magistrat:</p> <p>Welche Optionen und Regelungsmöglichkeiten bestehen aus kommunaler Sicht, um auf einheitliche, anbieterübergreifende Kundenkonten, Tarifpakete und Buchungsmöglichkeiten hinzuwirken?</p>
<b>Nr. 125</b>	<p><b>Louise Lydia</b> <b>Wagenbach</b> <b>CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Für den Fastnachtzug wurde die Baustelle auf der Wilhelmstr., auf der bis dahin nicht gearbeitet wurde, abgebaut und direkt wieder aufgebaut. Zusätzlich wurde in der Bahnhofstr. erneut eine Baustelle eingerichtet. Auf der Rheinstr. fällt deshalb sogar ein Fahrstreifen weg. Busse, die den Bahnhof anfahren, werden nun über die Wilhelmstr. gelenkt.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. was die Einrichtung sowie das Auf- und Abbauen der Baustelle jeweils gekostet hat?</li> <li>2. ob das Aufbauen an einem Montag nicht günstiger gewesen wäre?</li> <li>3. ob die o.g. Maßnahmen (Wilhelm-, Bahnhof- u. Rheinstr.) miteinander abgestimmt wurden?</li> <li>4. was sich hinsichtlich der Verkehrsströme gedacht wurde?</li> <li>5. ob es keine bessere Planungsmöglichkeit gab, um stockenden Verkehr zu vermeiden und eingerichtete Baustellen effektiv nutzen zu können?</li> <li>6. ob es ein Controlling hinsichtlich der Dauer, Arbeitszeit &amp; -aktivität sowie Kosten von Baustellen</li> </ol>

		gibt & die Bereitschaft besteht, diese Daten für Interessierte offen zu legen?
<b>Nr. 126</b>	<b>Alexander Winkelmann FDP</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Der Geschäftsführer von ESWE Verkehr, Jan Görnemann, hat Anfang Februar die SPD Wiesbaden besucht, was von mehreren Teilnehmern auf Social Media und auf verschiedenen Websites dokumentiert wurde. Am 12. Februar 2023 um 14:17 Uhr erschien ein Bericht auf der Website des SPD-Ortsvereins Rheingauviertel-Hollerborn unter der Überschrift „Schwierige Zeiten und Entscheidungen bei ESWE Verkehr“. Dort hieß es u.a.: „Es wird eine weitere Veranstaltung zum Thema Straßenbahn in absehbarer Zeit geben. Denn Denkverbote, darin waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, lösen die Probleme des ÖPNV in Wiesbaden nicht.“</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Welche Pläne haben der Magistrat, der Verkehrsdezernent und Herr Geschäftsführer Görnemann für die Einführung einer Straßenbahn in Wiesbaden und wann werden diese offensichtlich bestehenden Pläne einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert?</p>
<b>Nr. 127</b>	<b>Hartmut Bohrer Linke</b>  Dez. I z.w.V.	<p>Der für Technik und Liegenschaften zuständige Hessische Polizeipräsident Frank von der Au wurde in der Presse mit der Äußerung zitiert, er sähe „die Zukunft der Landespolizei eher im Petersweg als im Westfeld“ (FR. 02.03.23).</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Beschäftigte haben die in Frage kommenden Behörden jeweils? Wie viele werden sie absehbar haben?</li> <li>2. Wie viele müssen davon täglich mit PKW zum Arbeitsplatz?</li> <li>3. Wie viele könnten mit dem kostenfreien Landesticket zur Arbeit?</li> <li>4. Wie hoch ist der Anteil der im Homeoffice arbeiten kann? Wie hoch zukünftig?</li> <li>5. Könnte die Anbindung mit den Buslinien 28, 33 und 57 zu den nahen Bahnhöfen Kastel und Wiesbaden-Ost optimiert werden?</li> <li>6. Kann die Fahrradverbindung zu den Bahnhöfen optimiert werden?</li> <li>7. Welche Effekte ergäben sich dadurch für die Gewerbetriebe, deren Beschäftigte und Kundschaft im Petersweg?</li> <li>8. Wie schnell könnte die Stadt Flächen im Petersweg zur Verfügung stellen? Wie schnell im Westfeld?</li> </ol>

<p><b>Nr. 129</b></p>	<p><b>Christian Bachmann</b>  <b>FW/Pro Auto</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Schon seit langem wird von Seiten der östlichen Vororte ein weiterer Autobahnanschluss stadteinwärts zwischen Nordenstadt und Erbenheim gefordert.</p> <p>Bisher leider ohne Erfolg und Perspektive.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurde ein solcher Autobahnanschluss bei Hessen Mobil bisher beantragt?</li> <li>2. Wie ist der aktuelle Sachstand dazu?</li> </ol>
<p><b>Nr. 106</b></p>	<p><b>Dr. G. Uebersohn</b>  <b>SPD</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Am 5. Januar 2023 kam es in Wiesbaden Nordenstadt zu einer fatalen Gasverpuffung in einem Wohnhaus, hierbei wurden zwei Personen verletzt. Die Ursache für die Verpuffung war ein Defekt an einer Gasleitung, welche aus dem Jahr 1973 stammt. Hierdurch hatte sich ausströmendes Gas vermutlich im oder unter dem Wohnhaus angesammelt. Der Defekt lag außerhalb des beschädigten Gebäudes. Die Ursache der Verpuffung ist noch ungeklärt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist die Ursache des Gaslecks bereits bekannt?</li> <li>2. Werden die Gasleitungen in Wiesbaden regelmäßig überprüft?  Wenn ja, <ol style="list-style-type: none"> <li>a. erfolgt die Überprüfung innerhalb oder außerhalb der Gebäude?</li> <li>b. in welchen Intervallen erfolgt die Überprüfung?</li> <li>c. mit welcher Methode erfolgt die Überprüfung?</li> <li>d. welches Ergebnis brachten die Überprüfungen bisher?</li> </ol> </li> <li>3. Gibt es in Wiesbaden Gasleitungen, die noch älter sind als die betroffene in Nordenstadt?</li> </ol>
<p><b>Nr. 131</b></p>	<p><b>Katharina Ostermann</b>  <b>FDP</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Vor fast allen Bushaltestellen im Wiesbadener Stadtgebiet befindet sich an den Bushaltepunkte "glatter" Asphalt. Dieser muss aufgrund der erheblichen Belastung durch die haltenden Busse regelmäßig erneuert werden. An einigen wenigen Haltestellen (z.B. Landesdenkmal und Theodor-Heuss-Ring stadteinwärts) befindet sich am Bushaltepunkt allerdings eine Art Kopfsteinpflaster auf der Straße. Das Überfahren dieses Belages ist für Fahrgäste im Bus und Autofahrer unangenehm.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Warum befindet sich an den genannten Haltestellen eine Pflasterung an den Bushaltepunkten?</li> <li>2. Ist eine solche Pflasterung längerer haltbar als "normaler" Asphalt?</li> </ol>

		3. Ist geplant den entsprechenden Straßenbelag vor den genannten Haltestellen auf "glatten" Asphalt anzupassen?
<b>Nr. 132</b>	<b>Daniel Weber Volt</b>  Dez. II z.w.V.	<p>Die Scientology-Organisation (SO) will eine "scientologische Gesellschaft" schaffen, in der nur "Clears" - also "perfekte" Menschen - Grundrechte haben. Der bayerische Verfassungsschutz warnt vor einer Bedrohung für das politische System durch die SO. Die SO versucht bspw. durch Unterwanderung von Firmen und Politik Einfluss zu nehmen. Der deutsche "Anti Scientology Blog" hat am 6. März aufgedeckt, dass in der Wiesbadener und Mainzer Immobilienbranche mehrere sog. WISE-Unternehmen mit Bezug zu Scientology geschäftlich aktiv sind.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hat die LHW Kenntnis von den örtlichen Aktivitäten der Scientology Organisation? Wie beurteilt die Stadt diese Aktivitäten?</li> <li>2. Hatten die LHW oder ihre Gesellschaften/Beteiligungen mit Immobiliendienstleistern aus dem Umfeld der SO geschäftliche Beziehungen?</li> <li>3. Gibt es von der LHW Aufklärungsarbeit zu den Gefahren der SO oder weiterer sektenähnlicher Gruppierungen?</li> <li>4. An wen können sich Aussteiger*innen aus Sekten in Wiesbaden wenden?</li> </ol>
<b>Nr. 110</b>	<b>Aman Yoseph SPD</b>  Dez. IV z.w.V.	<p>Am Dienstag, den 17.01.23 waren sowohl die Stadtverwaltung als auch die Feuerwehr über mehrere Stunden von einem umfassenden Ausfall der IT- Infrastruktur betroffen. Es bestand über mehrere Stunden keine Möglichkeit zur Nutzung von E-Mails und der Zugriff auf Netzwerklaufwerke sowie das Internet waren ebenfalls nicht möglich. Auch die Telefonverbindungen waren betroffen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. worin lag die Ursache für die beschriebenen Ausfälle der IT Infrastruktur?</li> <li>2. wie zukünftig verhindert werden kann, dass es zu so einem umfangreichen Ausfall kommt, etwa durch Redundanz von zentralen technischen Komponenten.</li> </ol>

<p><b>Nr. 134</b></p>	<p><b>Hartmut Bohrer</b> <b>Die Linke</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Personen sind in den 13 Ortsgerichtsbezirken aktuell tätig?</li> <li>2. Wie sieht die Zusammensetzung hinsichtlich Geschlechter, Lebensalter (differenziert nach Dekaden), Dienstalter (nach Amtszeiten) und ggfs. weiterer Merkmale aus?</li> <li>3. Was wird seitens des Magistrats unternommen, um "Nachwuchs" zu gewinnen?</li> <li>4. Welche Fortbildungen wurden für diese Aufgabe seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Jahren 2016-2022 angeboten?</li> <li>5. Welche Kosten waren dafür von den ehrenamtlich Tätigen zu zahlen?</li> <li>6. Wie viele Personen haben daran jeweils teilgenommen?</li> <li>7. Wer prüft, ob die erforderliche Qualifikation, insbesondere zur Schätzung des Wertes von Immobilien, vorhanden ist?</li> <li>8. Welche Aufwandsentschädigung enthalten die in den Ortsgerichten Tätigen?</li> <li>9. Wann wurde diese zum letzten Mal erhöht?</li> <li>10. Wann ist wieder eine Erhöhung und in welchem Umfang geplant?</li> </ol>
<p><b>Nr. 135</b></p>	<p><b>Louise-Lydia</b> <b>Wagenbach</b> <b>CDU</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Am 2.4. ist im Kurpark, kurz hinterm Spielplatz Danziger Str., ein Baum unkontrolliert auf den Gehweg gefallen. „Unsere Kinder waren 10m davor, ein Jogger 2m dahinter“ schreibt eine Userin in den sozialen Netzwerken. Ein Anwohner habe die Stadt im Vorfeld mehrfach auf die Gefahrenlage hingewiesen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ob &amp; wann der zuständigen Stelle Informationen vorlagen, dass es in dem besagten Bereich zu einer Gefahrenlage kommen könnte?</li> <li>2. wie oft der gefährdete Baum gemeldet &amp; welche Maßnahmen nach Erhalt der Meldung ergriffen wurden bzw. wie solche Meldungen grundsätzlich behandelt werden?</li> <li>3. ob der Anwohner eine Antwort auf seine Meldungen erhalten hat? Wenn ja, wann &amp; mit welchem Inhalt? Wenn nicht, wieso nicht?</li> <li>4. ob künftig anders mit derartigen Meldungen verfahren wird, um derartige Gefahrensituationen zu verhindern?</li> <li>5. wie die Landeshauptstadt damit umgegangen wäre, wenn jemand durch den Baum verletzt worden wäre?</li> </ol>

<p><b>Nr. 136</b></p>	<p><b>Nina Schild</b> <b>Die Linke</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Seit langem ist bekannt, dass das Umfeld der US-Kaserne in Erbenheim eine hohe Belastung mit der krebserregenden Chemikalie PFC aufweist. Im Frühjahr 2021 zeigte sich nach einem Umweltmonitoring der Oberen Naturschutzbehörde, dass es einen weiteren Belastungsschwerpunkt im nordwestlichen Bereich der Startbahn gibt. Zusätzlich sollte das komplette Kasernengelände überprüft werden. Auch die Frage nach Entschädigungszahlungen (nach Artikel VIII, Abs. 5 Nato-Truppenstatut) für die angerichteten Umweltschäden stand im Raum</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Ergebnisse erbrachte das Umweltmonitoring der Oberen Naturschutzbehörde insgesamt?</li> <li>2. Welche Ergebnisse ergab die Überprüfung des Kasernengeländes?</li> <li>3. Sind inzwischen Entschädigungszahlungen seitens der BIMA-Schadenregulierungsstelle geflossen? Wenn ja, in welcher Höhe? Wenn nicht, wann ist mit diesen in welcher Höhe zu rechnen?</li> <li>4. Welche Planung gibt es seitens der Oberen Bodenschutzbehörde bezüglich der Entfernung der Schadstoffe?</li> </ol>
<p><b>Nr. 29</b></p>	<p><b>Silas Gottwald</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Januar 2019 berichtete der Wiesbadener Kurier, dass nur knapp jeder vierte der rund 880 Bussteige in Wiesbaden barrierefrei ausgebaut ist. Das Personenbeförderungsgesetz fordert eine vollständige Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 01. Januar 2022. Der aktuell gültige Nahverkehrsplan der Stadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises „empfiehlt“ daher für alle Bushaltestellen, unabhängig von deren Frequentierung, (u.a.) taktile Leitstreifen und erhöhte Bordsteinkanten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Bushaltestellen in Wiesbaden sind noch nicht mit taktilen Leitstreifen, erhöhten Bordsteinkanten und weiteren Maßnahmen zur Barrierefreiheit ausgestattet?</li> <li>2. Wie viele der Haltestellen aus Frage 1 liegen in den jeweiligen, vom Nahverkehrsplan definierten Haltestellentypen (Kategorien A, B, C, D)?</li> <li>3. Wie ist der Zeit- und Finanzplan der weiteren Umrüstung der verbleibenden Bushaltestellen im Wiesbadener Stadtgebiet?</li> </ol>
<p><b>Nr. 108</b></p>	<p><b>Monika Giesa</b> <b>AfD</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Eigenen Recherchen zufolge muss jeder der rund 80 Stadtpolizisten im Außendienst mehrere Trainingsmodule im Jahr absolvieren, in denen u. a. das Anlegen von Handfesseln, Pfeffersprayeinsatz, Eigen-sicherung im Nahbereich geübt werden. Die Trainingseinheiten finden fast alle in einem</p>

		<p>Trainingsraum statt, der nur mit Hallenturnschuhen betreten werden darf. Obwohl das Einsatztraining eine Pflichtaufgabe ist, müssen die Stadtpolizisten für die Beschaffung der Hallenturnschuhe bisher privat aufkommen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Trifft die geschilderte Sachlage grundsätzlich zu?</li> <li>2. Weshalb findet keine Kostenübernahme durch den Dienstherrn statt?</li> <li>3. Wie hoch wären die Gesamtkosten einer Kostenübernahme?</li> <li>4. Gibt es noch andere für die Dienstausbung sinnvolle oder gar erforderliche Ausrüstungsteile, die die Stadtpolizisten regelmäßig auf eigene Kosten erwerben?</li> </ol>
<b>Nr. 139</b>	<p><b>Daniel Weber</b> <b>Volt</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit dem 01. Mai ist das Deutschlandticket gültig, bereits ab dem 03. April war es im Vorverkauf erhältlich. So auch in der neuen App "ESWE Verkehr Tickets", welche ebenfalls Anfang April veröffentlicht wurde.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. wie oft die App "ESWE Verkehr Tickets" bisher heruntergeladen wurde</li> <li>2. wie oft ein Abo des Deutschlandtickets über die App "ESWE Verkehr Tickets" abgeschlossen wurde.</li> </ol>
<b>Nr. 140</b>	<p><b>Thomas Schwarze</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die erneute Umfrage des Stadelternbeirates im März 2023 ergab ein ernüchterndes Stimmungsbild; zwei Drittel werteten die Busse zur Schule als unzuverlässig. Als Folge wechselten viele Schüler*Innen vom Bus ins Auto. Parallel hat die ESWE Verkehr seit September 2022 den Fahrplan mehrfach verstärkt und setzt, häufig auch spontan, Verstärkerfahrten ein.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie wurde seitens des Dezernates auf die Umfrage reagiert und wurde das Gespräch mit dem Stadelternbeirat gesucht?</li> <li>2. An welchen Stellen wurde der Busfahrplan seit September 2022 verdichtet?</li> <li>3. Wie viele kurzfristige Verstärkerfahrten setzt die ESWE Verkehr im Schnitt mit welchen Schwerpunkten ein?</li> <li>4. Wieso werden die kurzfristigen Fahrten nicht in den Apps und auf den digitalen Anzeigen angezeigt - und wie lässt sich das beheben?</li> </ol>

<b>Nr. 141</b>	<b>Alexander Winkelmann</b> <b>FDP</b>  Dez. V z.w.V.	<p>In der vergangenen Zeit war im Stadtbild häufiger zu sehen, dass Werbeanhänger zur Bewerbung von Waren und Dienstleistungen auf öffentlichen Parkflächen für den MIV in Wiesbaden abgestellt werden und diese dann nach einiger Zeit wieder umgeparkt werden. Teilweise werden dazu Stellen genutzt, wo erheblicher Parkdruck besteht. Fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob dieses Abstellen als Sondernutzung qualifiziert wird und damit entsprechend gesteuert werden kann.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Nach welcher Zeit (Länge des Parkzeitraums) wird ein solches Aufstellen von Werbeanhängern auf öffentlichen Parkplätzen als Sondernutzung im Sinne der entsprechenden Satzung gewertet?</li><li>2. Finden diesbezüglich Kontrollen durch das Straßenverkehrsamt statt?</li><li>3. Wie viele entsprechende Anträge auf derartige Sondernutzungen gab es im Jahr 2022?</li><li>4. Wenn entsprechende Genehmigungen erteilt wurden, warum wird eine solche Sondernutzung im Bereich von erheblichem Parkdruck genehmigt?</li></ol>
----------------	--	---